

## **Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Reker

Geschäftsführung

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 23.06.2020**

#### **Anfrage**

Prüfung Bereitstellung technischer Ausstattung für Audio- und Videokonferenzen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die negativen Auswirkungen, die sich aus den Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus ergeben, betreffen auch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Die strengen Auflagen für die Durchführung von Sitzungen führen unter anderem dazu:

- begrenzte Teilnehmerzahl
- große räumliche Abstände
- verkürzte Dauer der öffentlichen Sitzung
- stark eingeschränkte Möglichkeiten zur Diskussion und Abgabe von Wortbeiträgen in der Sitzung
- Terminverschiebungen mit veränderten Sitzungsorten

Darüber hinaus sind Menschen mit Behinderung generell zu den Risikogruppen gemäß den Einschätzungen des Robert-Koch-Instituts RKI zu zählen. Daher sehen sich Angehörige dieser Gruppe oft gezwungen, Öffentlichkeit zu meiden, um sich und andere vor Infektion mit dem Virus zu schützen.

Je nach Behinderung benötigen sie Assistenzleistungen, die bei Einhaltung der Abstandsgebote nur unzureichend Unterstützung bieten. Menschen mit Sinneseinschränkungen sind oft nicht in der Lage, den gebotenen Abstand im öffentlichen Raum einzuhalten.

Deshalb können Menschen mit Behinderung die Aufgaben ihres Mandats als Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und / oder als sachkundige Einwohner in einem Ausschuss nur unter für sie besonders schweren Bedingungen erfüllen oder können an Sitzungen nicht teilnehmen.

Die Gremienarbeit ist aber ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Teilhabe. Die derzeitigen Vorkehrungen zur Bekämpfung des Corona-Virus schränken dieses Recht auf Teilhabe ein oder machen die Teilhabe unmöglich.

Daher bitten wir um Beantwortung folgender Fragen durch die Verwaltung:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Situation?
2. Welche Vorkehrungen beabsichtigt die Verwaltung zu ergreifen, um aktive Gremienarbeit auch für Menschen mit Behinderung in den Zeiten der Corona-bedingten Beschränkungen sicherzustellen?
3. Welche technischen Lösungen zur z.B. Teilnahme der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Audio- oder Videokonferenzen sind möglich?
4. Welche dieser technischen Lösungen beabsichtigt die Verwaltung kurzfristig zu realisieren? Ist eine generelle Nutzung dieser Systeme auch nach Wegfall der Corona-bedingten Beschränkungen geplant? Bei Ablehnung, was spricht dagegen?

Wir halten es für erforderlich, moderne Lösungen einzurichten, um dauerhaft eine aktive und erfolgreiche Gremienarbeit zu gewährleisten. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung in Gremien bedürfen einer besonderen Fürsorge und Unterstützung.

Paul Intveen

für die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Köln, 12.06.2020